

## Minister gefallen die Pläne nicht

Der Regionalrat entscheidet am 19. September über die Erweiterung des Phantasialands um 16 Hektar.

VON NORBERT KURTH

**Rhein-Erft-Kreis/Brühl** - Nach Meinung des SPD-Kreisvorsitzenden Guido van den Berg zeichnet sich bei der Erweiterung des Phantasialands ein Kompromiss ab. Und tatsächlich sieht es so aus, als fände der nun vorgelegte Vorschlag der Bezirksregierung, das Phantasialand um 16 Hektar zu erweitern, im Regionalrat in der übernächsten Woche eine große Mehrheit. Der Elsdorfer CDU-Vertreter Hans Theo Schmitz geht davon aus, dass die CDU-Fraktion im Regionalrat der 16-Hektar-Erweiterung auch zustimmen wird. Doch ob sich das Unternehmen dann tatsächlich auf dem Gelände ausbreiten kann, ist fraglich. Denn einem gefällt die Planung bislang nicht: Umweltminister Eckhard Uhlenberg.

„Der Minister erwartet, dass eine andere, die Natur stärker schonende Lösung gefunden wird“, sagt sein Sprecher Markus Fliege. „Das sehen wir bei der bisherigen Planung nicht.“ Es sei etwa möglich, vorhandenen Parkraum anders zu nutzen. Bislang gelte zudem die Aussage, dass der Wald nicht verkauft werden solle. Bereits Anfang Juni hatte der Landesbetrieb Wald und Holz dies erklärt und damit erst einmal die bis dahin angestrebte Erweiterung um 30 Hektar gestoppt.

Horst Lambertz, grünes Mitglied im Regionalrat, zeigte sich erfreut über die Äußerungen des Ministeriumssprechers. Wenn das Land nicht bereit sei zu verkaufen, dann „wird am 19. September im Regionalrat womöglich etwas beschlossen, dass keinen Bestand hat und in der nächsten Sitzung erneut auf der Tagesordnung steht“, folgert er. Die Grünen bleiben bei ihrer Haltung, nach der die Landstraße zwischen Brühl und Weilerswist nicht überschritten werden dürfe. Dazu wollen sie im nächsten Kreisausschuss eine Resolution verabschieden.

„Das Prozedere kostet nur Geld“, sagt Dr. Doris Linzmeier von der Initiative „50 000 Bäume“, die bislang vehement gegen die Pläne protestiert hat. Die Beratungen im Regionalrat brächten nichts, wenn das Land hinterher die Grundstücke nicht verkaufe. Geplante Demonstrationen gegen die Erweiterung will die Initiative ob der Aussichten dennoch nicht einstellen. „Man weiß ja nicht, was nach der Landtagswahl ist.“